

## Pressemitteilung

### Notwendige Reform des Gesundheitssystems

Köln, 23. Januar 2025. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt\*innen e.V. (BVKJ) begrüßt, dass SPD, Grüne und FDP in der letzten Sitzungswoche die Entbudgetierung der Hausärzte beschließen wollen, denn der primärärztliche Sektor muss gestärkt werden – für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche gleichermaßen. Gleichzeitig ist die Enttäuschung groß, dass die Weiterbildungsförderung für die Kinder- und Jugendmedizin, wie sie in der Allgemeinmedizin bereits besteht, vorerst nicht kommen wird.

**Dr. Michael Hubmann, Präsident des BVKJ**, betont: „Dass die drei ehemaligen Koalitionäre beim Rumpf-GVSG die Kinder und Jugendlichen, mal wieder, nicht auf dem Schirm haben, ist höchst bedauerlich. Wie in der öffentlichen Anhörung zum GVSG deutlich wurde, ist eine Gleichstellung der Förderbedingungen für die Kinder- und Jugendmedizin angesichts des Ärztemangels dringend erforderlich. Die Politik darf nicht erst handeln, wenn offenkundige und gravierende Versorgungslücken bestehen – die Finanzierung der ambulanten Weiterbildung muss jetzt endlich kommen. Eine Gesetzesänderung wäre nicht nur geboten, sondern auch einfach umsetzbar, wie auch schon der Bundesrat in seiner eigenen Stellungnahme zum GVSG hervorgehoben hat.“

Befremdlich ist auch, dass die Bagatellgrenze bei den sogenannten Wirtschaftlichkeitsprüfungen nicht kommen wird. Sie hätte die Praxen vor einem der schlimmsten Auswüchse der Gesundheitsbürokratie bewahrt und dabei noch Kosten gespart. Wenn die FDP auf den letzten Drücker doch noch bereit ist, mit den ehemaligen Partnern Kompromisse zu finden, fragt man sich nicht nur, warum so spät, sondern man denkt auch an die vielen verpassten Chancen, mit denen unser Gesundheitssystem hätte effizienter gestaltet werden können.“

#### **Hausarztzentrierte Versorgung ist zu stärken**

„Wir begrüßen natürlich die Entbudgetierung der Allgemeinärzte, denn der haus- und primärärztliche Sektor muss gestärkt werden – für Erwachsene wie für Kinder und Jugendliche gleichermaßen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Vorschläge der DAK zu den

Kassenfinanzen loben. Mit der konsequenten Steuerung der Patientenversorgung durch die Ärzteschaft hat Herr Storm einen richtigen Schwerpunkt gesetzt. Die Politik tut gut daran, den Bürgerinnen und Bürger reinen Wein einzugießen: Eine rein bedürfnisorientierte Gesundheitspolitik ist nicht mehr finanzierbar. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mehr Verantwortung übernehmen, damit Leistungen, für die es keine medizinische Indikation gibt, nicht weiter von der Allgemeinheit getragen werden müssen“, so Hubmann.

**Weiterführende Informationen:**

[Stellungnahme des Bundesrats zum GVSG](#) (S. 19-20)

**Kontakt:**

**Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt\*innen e.V. (BVKJ)**

Mielenforster Straße 2, 51069 Köln

**Telefon:** 0221/68909-0

**E-Mail:** [info@bvkj.de](mailto:info@bvkj.de)

**Internet:** [www.bvkj.de](http://www.bvkj.de)

**Präsident:**

Dr. Michael Hubmann

**Bundespressesprecher\*innen:**

Jakob Maske

Dr. Tanja Brunnert

Weitere Informationen zum Thema Kinder- und Jugendgesundheit unter:

[www.kinderaerzte-im-netz.de](http://www.kinderaerzte-im-netz.de)